

VORWÄRTS

Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend

Sozialistische Favoriten
Österreichische Sozialistische Partei / SLP

NR.7 PREIS 5S SOLIDARITÄTSPREIS 10S

Redaktion: ...
Tel: 01 524 63 10 Fax: 01/ 524 63 11
E-Mail: slp@gmx.net

ARBEITSPLÄTZE STATT ABFANGJÄGER



STATT 7 MILLIARDEN FÜR ABFANGJÄGER

60 000 ARBEITSPLÄTZE IN BETRIEBEN

12 000 ARBEITSPLÄTZE IN GEMEINDEN
UND WOHLFAHRTSEINRICHTUNGEN

2 100 ARBEITSPLÄTZE IN SELBSTVERWALTETEN
BETRIEBEN UND SELBSTHILFEPROJEKTEN

30 000 LEHRSTELLEN

„Drachen“ für 262.000 Schilling pro Stunde

Als vor wenigen Jahren die damalige SPÖ Alleinregierung den Kauf von Abfangjägern aus wirtschaftlichen Gründen ablehnte, glaubte man, dieses Kapitel sei für die nächsten 10 Jahre abgeschlossen.

Trotz Arbeitslosigkeit, Betriebsstilllegungen, hohem Budgetdefizit und Sparmaßnahmen scheint sich 1985 die Situation grundlegend geändert zu haben. „Spielzeug“ um 7 Mrd. für die Militärs anzukaufen ist jetzt plötzlich kein Problem mehr.

Entgegen der offiziellen Regierungspropaganda vom rein defensiven „Luftraumüberwachungsgerät“ wird der Draken eingedrungene Flugzeuge auch abschießen. Die nach Österreich gelieferten Saab J-35D Draken sind mit zwei 30mm Bordkanonen ausgerüstet. Sie sind jederzeit mit Luft-Luft und Luft-Boden-Raketen (Sidewinder, Falkon, Skyflash) „nachrüstbar“, was für Verteidigungsminister Frischenschlager, dessen Wunschprogramm ohnehin die (staatsvertragswidrige) Raketenbewaffnung vorsieht, sicher sehr interessant ist.

Die Kosten für das Kriegsspiel in der Luft sind enorm. 2,7 Mrd. für den Kauf der 20 Jahre alten Kampfflugzeuge, 701 Millionen für den Zoll und die 30%ige Luxussteuer, 1,6 Mrd. für die Betriebskosten. Da die Finanzierungskosten (Kredite usw.) noch nicht genau bekannt



FRIEDHELM, DER DRACHENFLIEGER

sind, werden die Gesamtkosten auf einen Zeitraum von 10 Jahren berechnet, 7-8 Mrd. Schilling ausmachen.

Bei den 1 000 Flugstunden, die der Draken noch fliegen kann, bevor er auf den Schrottplatz muß, bedeutet das: 262 000 8S pro Flugstunde. 73 000 8S davon sind reine Sprit- und Wartungskosten. Das alte Rolls-Royce-Triebwerk schluckt in einer Stunde 4 000 Liter Treibstoff (Kerosin), was dem Verbrauch von 660 Kompaktautos bei Überlandfahrten entspricht.

Trotz Lärm- und Umweltbelastung wird der Draken in dicht besiedeltem Gebiet stationiert. Obwohl es jetzt schon massive Proteste gibt, will Frischenschlager nicht auf die Stationierungsorte Graz-Thalerhof und Zeltweg verzichten. Das alte Triebwerk erzeugt beim Start 129 Dezibel Lärm. In der lautesten Diskothek Österreichs wurden zum Vergleich 104 Dezibel gemessen. Wenn man all diese Fakten zusammenzählt, bleibt nur der Schluß, daß der Ankauf der Abfangjäger nach Hainburg, Zwentendorf und Affäre Reder der nächste Schildbürgerstreich der österreichischen Sozialpartner ist.



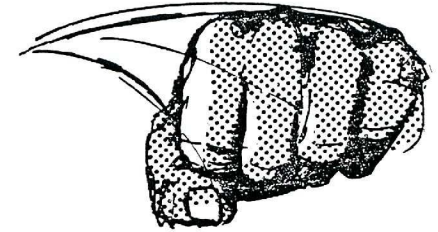
Ausbildung raus aus Unternehmerhand

Im folgenden Gespräch berichtet ein Gärtnerlehrling über seine Arbeitsbedingungen. Er arbeitet in einer Baumschule in Wien.

VORWÄRTS: " Mit welchen Erwartungen hast du deine Lehre begonnen? Wurden deine Erwartungen erfüllt? "

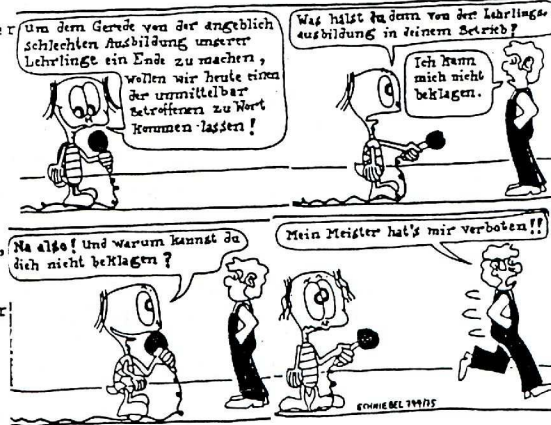
MICHI: " Ich war zuerst am Arbeitsamt, wo man mir sagte, daß im Moment im entsprechenden Beruf keine Lehrstelle zu haben ist. Interessanterweise bekam ich jetzt, nachdem ich schon ein 3/4 Jahr arbeite vom Arbeitsamt eine Karte zugesandt, wo man mir mitteilte, daß zirka 25 km von meinem Wohnort entfernt eine Lehrstelle für mich frei wäre. "

Nachdem mir das Arbeitsamt nicht weiterhelfen konnte, versuchte ich auf eigene Faust eine Lehrstelle zu finden. Ich habe dann fast alle Wiener Gärtnereien mit dem Erfolg angerufen, daß mir eine einzige Firma ein Vorstellungsgespräch zusagte. Glücklicherweise konnte ich bei diesem Betrieb zu arbeiten beginnen. Der Firmenchef hat außer mir noch 5 andere Lehrlinge aufgenommen und von Anfang an gesagt, daß 4 von uns nach Ablauf der Probezeit gehen müssen. Ich habe von Anfang an gewußt, daß es den Gärtner, der mit Strohhut in der freien Natur mit seinen Pflanzen spricht, seit der Entdeckung, daß man Natur verkaufen kann, nicht mehr gibt. Meine Erwartungen waren also nicht sehr groß. "



VORWÄRTS: " Der Beruf Gärtner wird immer als leichter und schöner Beruf, bei dem man die meiste Zeit im Freien verbringt, dargestellt. Entspricht das den Tatsachen? "

MICHI: " Gärtnerarbeit ist eine unglaublich schwere körperliche Tätigkeit, die viel physische Substanz kostet. Nach 8-10 Stunden umaraben kommt man total erschöpft nach Hause. Es stimmt zwar, daß man die meiste Zeit im Freien verbringt, was aber im Hochsommer bei 30 Grad im Schatten oder im Winter bei 10 Grad minus und Schneefall auch kein Vergnügen ist. Die Arbeit ist monoton und nicht ab-



echslungsreich. Bei den meisten Arbeiten ist die Verletzungsgefahr sehr hoch (z.B. Dornenstiche, Schnittwunden, Augenverletzungen usw.). Man kommt auch laufend mit Pflanzenschutzmitteln und anderen giftigen Substanzen in Berührung. Es gibt auch eine Reihe von Berufskrankheiten wie z.B. Lungenentzündungen (durch Chemikalien und starke Staubbelastungen), Rückenbeschwerden und gehobene Brüche."

VORWÄRTS: "Wird dir vom Betrieb keine Schutzkleidung zur Verfügung gestellt?"

MICHI: "Grundsätzlich nicht. Arbeitskleidung und Schutzhandschuhe muß ich mir selbst kaufen, wobei ein nicht unbeträchtlicher Teil meiner Lehrlingsentschädigung draufgeht. Die Lebensdauer meiner Arbeitskleidung ist nicht sehr hoch. Dadurch, daß sie sehr schnell verschmutzt wird, muß sie alle drei Tage gewaschen werden (zu Hause und nicht im Betrieb). Bei der Arbeit mit Pflanzenschutzmitteln können wir keinen Atemschutz verwenden. Die einzige Gasmasken, die im Betrieb vorhanden ist, ist uralt und nicht mehr funktionstüchtig."

VORWÄRTS: "Wie ist eigentlich die Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule?"

MICHI: "Im Betrieb sieht die Ausbildung so aus, daß man gerade noch die zur schnellen Ausführung der Arbeit notwendigen Handgriffe lernt. In der Praxis sind wir billige Hilfsarbeiter. In der Berufsschule gibt es zwar eine fachliche Ausbildung, die aber durch ihre veralteten Methoden in der Praxis wenig von Nutzen ist. Wir werden zwar über unsere Pflichten als Lehrlinge aufgeklärt, aber über unsere Rechte erfahren wir nichts."

VORWÄRTS: "Wie sieht es mit den sonstigen Arbeitsbedingungen aus?"

MICHI: "Die Arbeit besteht zu einem großen Teil aus ausbildungsfremden Tätigkeiten (beladen und entladen von LKWs, kehren der Betonflächen im Betrieb, Arbeit im Verkauf und Autowaschen). Mädchen müssen z.B. Büroputzen, Fensterputzen, WC reinigen, Wäsche des Chefs waschen, Faffee kochen und ähnliches. Für die eigentliche Tätigkeit als Gärtner bleibt dabei natürlich wenig Zeit. Verbotene Überstunden sind an der Tagesordnung. Wir müssen oft auch Samstag und Sonntag arbeiten und bekommen dafür ein "Taschengeld" von 40 8S pro Stunde. Bei auch vorkommender Nacharbeit "sogar" 50 8S (mitunter dauert dies bis 24 Uhr). Gärtnerlehrlinge gehören zu den am schlechtesten Bezahlten. Die monatliche Lehrlingsentschädigung im 3. Lehrjahr beträgt 3150 8S netto. Davon müssen wir uns teilweise auch noch das Werkzeug kaufen."

Trotzdem während der Saison ca. 40 Leute im Betrieb arbeiten, gibt es keinen Aufenthaltsraum. Eine Waschmöglichkeit besteht nur im Freien (im Winter überhaupt nicht).

VORWÄRTS: "Hat es in deinem Betrieb noch nie eine Kontrolle vom Arbeitsinspektorat gegeben?"

MICHI: "Natürlich gibt es solche Kontrollen alle paar Jahre (die Letzte war vor ca. 3 Jahren). Aus Erzählungen von Kollegen kenne ich diese Kontrollen. Der Kontrolleur kommt, beanstandet ein paar Mißstände, trinkt mit dem Chef Kaffee, verschwindet wieder, ohne jemals zu kontrollieren, ob sich im Betrieb etwas verändert hat."

VORWÄRTS: "Hat noch niemand von dir

und deinen Kollegen daran gedacht, die Gewerkschaft einzuschalten, um sich gegen diese Mißstände zu wehren?"

MICHI: "Bis auf uns Lehrlinge sind in diesem Betrieb nur jugoslawische und türkische Kollegen beschäftigt! Für uns Lehrlinge besteht keine Möglichkeit, nach der Lehrzeit vom Betrieb übernommen zu werden. Für Lehr-

linge und ausländische Arbeitnehmer die die schwächsten Schichten der Arbeiterschaft darstellen, ist es natürlich sehr schwer sich zu wehren. Unsere ausländischen Kollegen müssen immer befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und dann in ihre Heimat abgeschoben zu werden."

Bergarbeiterstreik in England

Wichtigster Klassenkampf seit 50 Jahren

Der britische Bergarbeiterstreik endete Anfang März 1985. Ein Jahr lang hatten mutige, entschlossene Bergarbeiter gegen den Verlust von Arbeitsplätzen gekämpft. Die Politik der Regierung sieht vor, sogenannte "unrentable" Zechen zu schließen. Ganze Gemeinden werden so verarmen und letztlich, wenn es nach den Plänen der Thatcher-Regierung geht, als Zentren der gewerkschaftlichen Macht vom Erdboden verschwinden.

Was steht hinter der konservativen Politik?

Die Tories und die Kapitalistenklasse sehen ebenfalls die ausweglose, wirtschaftliche Krise, in der sich der internationale und vor allem der britische Kapitalismus befinden. Die konservative Taktik sieht vor, die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften zu brechen. Die britische Regierung verabschiedete deshalb verschiedene Anti-Gewerkschaftsgesetze und bereitete sich damit auf längere Arbeitskämpfe vor.

In der "Times" vom 4. März konnte man lesen, wie sich die Tories auf diesen Streik, Jahre bevor die Bergarbeiter von der Bedrohung ihrer Arbeitsplätze wußten, vorbereiteten.

- Große Kohlelager wurden im Ausland und in Kraftwerken angelegt.
- Abkommen mit anderen Staaten über

die Lieferung von Kohle wurden abgeschlossen, z.B. mit Südafrika oder Polen.

- Rekrutierung von nicht gewerkschaftlich organisierten Lastwagenfahrern, die die Kohle während des Streiks transportierten.
- Umstellung der Kraftwerke auf Kohle und Öl.
- Kürzungen der Sozialleistungen für Bergarbeiterfamilien.
- Umstellung der Polizei auf eine nationale Polizeikraft, die sehr mobil und gut trainiert ist, um fliegende Streikposten anzugreifen.



Für Generalstreik: Britische Demonstranten

Die Anstrengungen der Polizei zur Niederschlagung der Streiks kosteten dem britischen Staat mehr als der Falkland-Krieg, nämlich ungefähr 7000 Pfund. Ein Polizist, der gegen Streikende eingesetzt wurde, verdiente täglich 2500 Schilling. Die eingesetzten Polizeikräfte werden auf 20-30tausend Mann geschätzt.

Währenddessen wurden die Sozialleistungen der Bergarbeiter gestrichen. Allein stehende Arbeiter bekamen überhaupt kein Geld, eine 4-köpfige Familie mußte mit ca. 300S in der Woche auskommen.

Das Überleben dieser Bergarbeiterfamilien war nur durch die Organisation von Gemeinschaftsküchen und von Spendensammlungen und politischer Unterstützung von Gewerkschaftern im In- und Ausland möglich.

Warum scheiterte der Streik? Zuerst dachten die Konservativen einen schnellen Sieg über die Bergarbeitergewerkschaft NUM zu erlangen. Aber die

NUM, die als Rückgrat des Gewerkschaftsdachverbandes TUC und der Labour Party gilt, reagierte entschlossen. Der kämpferische Vorsitzende Arthur Scargill rief den Streik aus. Jedoch gelang es der NUM-Führung durch taktische und politische Fehler nicht, die gesamte Mitgliedschaft für den Streik zu gewinnen. Im Nottingham Kohlerevier waren keine Zechenschließungen vorgesehen. Den rechten Gewerkschaftsführern gelang es deshalb durch Verunsicherung ihrer Mitglieder, den Streik zu schwächen, was auch im Sinne der nationalen Kohlebehörde (NCB) war. Die anderen Gewerkschaften wurden durch ihre Führung zurückgehalten, den Streik auch mit einem Ausstand zu unterstützen, obwohl es auch Solidaritätsstreiks der Dockarbeiter, der Eisenbahnarbeiter und Anderer gab.

Der TUC wollte den Streik zuerst nicht unterstützen. Durch den Druck der Mitglieder gezwungen, erklärte er sich schließlich solidarisch. Aber

der Gruben wurden bis Montag, dem 11. März 1985 bestreikt.

Nachdem der Beschluß, zur Arbeit zurückzukehren veröffentlicht wurde, füllte sich das "Strike Center" mit Männern und Frauen, viele von ihnen weinten.

In England sah man bei der Rückkehr zur Arbeit am Dienstag, dem 5. März 1985 die Männer hinter ihren Gewerkschaftsbannern in die Gruben marschieren. Sie sangen und riefen: "Die Kumpel vereint werden niemals zu schlagen sein!" An diesem Tag wurden auch viele Tränen vergossen.

In Schottland und Wales vollzog sich die Rückkehr zur Arbeit ähnlich. Kumpel, die hinter ihren Bannern singend zur Arbeit marschierten.

Aber es kehrten nicht alle Bergleute zurück. Die entlassenen Kumpel standen außerhalb der Sperrungen, begrüßten ihre Kameraden mit Beifall und zeigten Anzeichen von Tränen. Aber es wird nicht auf sie vergessen, da wir in den Gruben für sie kämpfen. Das Überstundenverbot ist noch immer aufrecht.

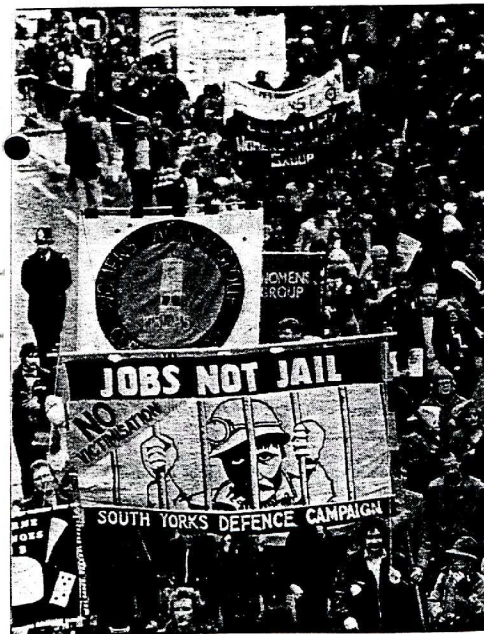
Wir werden so wenig Kohle wie möglich produzieren. Der Kampf beginnt erst. Wir sind keineswegs besiegt, da der Kampf weitergeht!

GORDON MACKIE
SOLSGIRTH MINE YOUTH DELEGATE

man weigerte sich, einen 24-stündigen Generalstreik auszurufen. Selbst die als links bekannten Gewerkschaftsführer und die Labour-Führung vertraten die Ansicht, daß die übrigen Gewerkschafter nicht bereit wären, solidarisch mit den Bergarbeitern zu kämpfen. Tatsache ist, daß die Gewerkschaftsführung keine Mobilisierung ihrer Mitgliedschaft veranlaßte und verschiedene Versuche der Solidarisierung sogar unterdrückte.

Während des Streiks machte die Regierung Thatcher der Führung der anderen Gewerkschaften günstige Angebote. Jetzt, nachdem der Streik zu Ende ist, werden diese Abkommen natürlich gebrochen. Die ganze britische, verstaatlichte Industrie und das Gesundheitswesen ist durch die Privatisierung bedroht. Geeinte Aktionen der Gewerkschaften hätten nicht nur die Arbeitsplätze der Minenarbeiter retten können, sondern auch die Privatisierungen und die Kürzungen im Sozial- und Erziehungswesen verhindern können.

Jedenfalls bedeutete dieser Streik große Verluste für einzelne Arbeiter. Der Lohnverlust eines Arbeiters beträgt bis zu 9 000 Pfund. Viele Gewerkschafter, die noch nie etwas mit der Polizei zu tun hatten, wurden mehrmals als Streikposten verhaftet



und vor Gericht gestellt, das hohe Geld- und Haftstrafen verhängte. Hunderte Arbeiter wurden nach Streikende fristlos entlassen und haben keine Aussicht je wieder eine Arbeit zu bekommen.

Linke Gewerkschafter organisieren nun eine nationale Kampagne gegen die Kriminalisierung der streikenden Arbeiter. Die Tories stellen diese Arbeiter als gewalttätige Kriminelle dar, sogar Neil Kinnock, der Vorsitzende der Labour Party und andere rechte Labour-Führer schlossen sich dieser Ansicht an.

Währenddessen strömen viele Bergarbeiter und ihre Frauen in die Labour Party. Eine politische Partei soll nun ihre Forderungen durchsetzen, nachdem dies im Arbeitskampf nicht gelang. In Kohlerevieren erlebten die Labour Party Young Socialists einen enormen Anstieg ihrer Mitglieder. Zwar war das Ende des Streiks eine schwere Niederlage der NUM, aber die Kampagne für die Wiedereinstellung entlassener Kumpel zeigt, daß die Gewerkschaften und die Labour Party politisch gestärkt aus diesem Konflikt hervorgingen.

In Großbritannien erschüttert gerade eine Streikwelle die Gesellschaft.

Sozialistisch dominierte Gemeinden wie Liverpool, kämpfen gegen die Kürzungen der Finanzen, Angestellte des National Health Service wollen Kürzungen und die Privatisierung des NHS verhindern, tausende Schüler streiken gegen die Zwangsarbeit in Youth Training Schemes usw.

Jedenfalls liegt der Widerstand gegen die Konservativen keineswegs darnieder, sondern entwickelt sich immer weiter. Das einzige Hindernis für einen überrasgenden Sieg der Labour Party bei den nächsten Wahlen ist die Politik der rechten Partei- und Gewerkschaftsbürokraten!

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber
und Verleger: Sozialistische
Jugend Wien.
Verantwortlicher Redakteur:
Robert Schiffler
1100 Wien Knöllg. 41/37
Richtung der Zeitung:
Sozialistische Betriebszeitung.
Druck:

REMA-PRINT

ENDE MÄRZ SCHRIEB UNS EIN JUNGER SCHOTTISCHER BERGARBEITER FOLGENDEN BRIEF:

Am 3. März 1985 hielt die N.U.M. eine außerordentliche Exekutivkonferenz ab, wobei zwei Vorschläge zur Diskussion standen!

1. Den Streik fortzusetzen, um eine Amnestie für entlassene Kumpel und eine vertragliche Schlichtung zu erreichen.

2. Zur Arbeit zurückzukehren ohne Amnestie und Schlichtung.

Der erste Vorschlag wurde niedergestimmt und es wurde zur allgemeinen Rückkehr zur Arbeit am Dienstag, dem 5. März 1985 aufgerufen.

Die allgemeine Rückkehr fand an diesem Dienstag nicht statt, da einige Gebiete sich dem Aufruf widersetzen und weiterstreikten, eine Amnestie für entlassene Kumpel fordernd. Kent und Schottland beschlossen einstimmig, den Streik weiterzuführen.

Viele Gruben in anderen Gegenden wie Yorkshire wurden mit Streikposten besetzt, bis die Streikpostenlinien für ineffizient erklärt wurden.

Schottland hob den Beschluß am Mittwoch, dem 7. März 1985 auf und stimmte für eine Rückkehr in die Gruben am Donnerstag, dem 8. März 1985, aber 3/5

SOLIDARITÄT MIT CHILE

Am 26. April 1985 trafen sich Vertreter der chilenischen Jugend und zwei Vorwärtsredakteure, um in der chilenischen Botschaft einen offenen Protestbrief einem offiziellen Vertreter Chiles zu überreichen. Die chilenische Jugend protestiert damit gegen die Verfolgung und Ermordung von Gegnern der Diktatur, gegen die Errichtung neuer Konzentrationslager, gegen den Ausnahmezustand und gegen die soziale Ungerechtigkeit.

Ungefähr 25 Demonstranten trafen sich auf der Kärntnerstraße, um dann zur chilenischen Botschaft zu gehen. Wir wollten keine offizielle Demonstration durchführen, wie uns später die Stapo vorwarf, sondern nur einen Protestbrief in der Botschaft abgeben. Gerade in diesen Tagen kommt es in Chile wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Streikenden einerseits und der Polizei und Armee andererseits. Wir wollten auch den geplanten Nationalstreik unterstützen.

Die Türe der Botschaft wurde uns zugeschlagen, als wir den Brief überreichen wollten. Wir warteten auf die Polizei. Nach einer halben Stunde kamen einige Staatspolizisten und schrien uns an, daß wir das Haus binnen zwei Minuten zu verlassen hätten, sonst würde die Polizei kommen und uns hinausprügeln. Nach einem heftigen Gespräch konnten wir durchsetzen, daß vier Personen im Haus bleiben durften. Unsere Personalien wurden aufgenommen. Dann begleiteten zwei Staatspolizisten einen chilenischen Genossen und mich in die Botschaft. Ein Botschaftsrat erklärte sich be-

reit, mit uns ein Gespräch zu führen. Natürlich erwiderte er auf unsere Vorwürfe an die Diktatur, daß Erstens alles übertrieben werde und Zweitens glaube er den österreichischen Zeitungen nicht.

An der Wand hing ein Bild des General Pinochet und auf dem Tisch lag eine IDU-Zeitschrift mit einem Bild des ÖVP-Vorsitzenden Mock. Einen Termin für ein Gespräch mit dem Botschafter wollte der Botschaftsrat nicht vereinbaren. Zwar erwiderte dieser ehrenwerte Herr auf unsere Angriffe nur ein diplomatisches, zynisches Lächeln, aber wir werden fortfahren zu protestieren. Gerade jetzt brauchen die Menschen in Chile unsere Solidarität. Es geht darum, die chilenischen Machthaber zu stören und ihre Heuchelei im Ausland aufzudecken.

VENCEREMOS-
WIR WERDEN SIEGEN!



„Und dann habe ich Allende gestürzt, weil ich mir sagte: Freiheit statt Sozialismus“

litische Gefangene. Das Schicksal einiger von ihnen klärt Valenzuela in diesem Interview auf.

Aus Platzgründen können wir leider nicht das gesamte Interview bringen. Aus demselben Grund verzichten wir auf eine genaue politische Analyse der Lage in Chile, die aber in einer der nächsten Ausgaben nachgeholt wird. Wir drucken hier die wichtigsten Passagen aus dem Geständnis eines jener Männer, welche durch 12 Jahre Militärdiktatur zu anderen Menschen wurden,

von Gefängniswärtern wurden sie zu Mördern!

"Ich muß reden", flüsterte Andrés Valenzuela, während er seinen Militärausweis Nr. 66650, gültig bis zum 3. September 1986, vorzeigt. "Ich möchte von Sachen reden, die ich getan habe, zum Beispiel "Verschwindenlassen" von Menschen."

GONZALEZ: Erinnern sie sich an ihre Namen?

VALENZUELA: Ja, die Brüder Weibel Navarrete zum Beispiel.

GONZALEZ: Beruhigen sie sich, sie sind sehr nervös. Für uns beide ist es schwierig. Ich möchte nicht, daß man sie beim Verlassen dieses Hauses ermordet.

VALENZUELA: Das wird sowieso passieren. Aber zumindest habe ich geredet.

GONZALEZ: Wann haben sie beim Sicherheitsdienst angefangen?

VALENZUELA: 1974. Ich habe meinen Militärdienst im Artillerieregiment der Luftabwehr in Colina geleistet. Dort haben sie Personal für die Kriegsakademie der Luftwaffe ausgesucht. Damals waren dort viele Gefangene. Offensichtlich hielten mich meine Vorgesetzten für fähig und wählten mich deshalb aus. Sie teilten uns in zwei Gruppen ein. Es gibt in den Geheimdiensten eben junge Leute, die kommen, so wie ich, in die Spirale der Gewalt, und jetzt können sie ohne Gewalt nicht leben. Wir wurden ausgebildet und sie sagten uns, wir müßten alles vergessen was wir sehen würden. Man drohte uns, und wenn man jung war, ließ man sich einschüchtern. Andererseits war man auch neugierig und ungeduldig. Zuerst war ich, wie gesagt, als Wache bei den Gefangenen und dann wurde ich zur Gegenaktion abkommandiert. Wir führten Hausdurchsuchungen durch, überwachten Häuser, kontrollierten den Verkehr während der Durchsuchungen, holten die Leute aus den Häusern und verhafteten

sie. Die Hälfte arbeitete in der Kriegsakademie, der Rest direkt mit den Gefangenen. Uns brachte man in die Keller, dorthin, wo die Gefangenen waren. Es war das erste Mal, daß ich einen Gefangenen sah. Ich werde es niemals vergessen.

GONZALEZ: Warum?

VALENZUELA: Wir gingen eine Wendeltreppe hinunter. Als wir abogen, sah ich als erstes viele Menschen in Handschellen, die aufrecht standen. Einige von ihnen trugen Uniformen der Luftwaffe.

Au meisten beeindruckten mich einige Frauen. Sie standen und trugen ein Schild um den Hals: "24 Stunden stehen", darunter die Unterschrift: "Inspektor Cabezas". Nachher habe ich erfahren, daß Cabezas der Oberst Caballos war, der heute noch immer im aktiven Dienst ist.

GONZALEZ: Was geschah mit José Weibel, Mitglied der Politischen Kommission der Kommunistischen Partei?

VALENZUELA: Ich habe an seiner Verhaftung teilgenommen (seine Festnahme erfolgte am 29. März 1976). Er wurde verhört. Von dort brachte ihn eine Gruppe zum Cajón del Maipo. Seine Leiche warfen sie in den Fluß.

GONZALEZ: Sie haben mir gesagt, daß sie auch etwas von den Operationen wissen, die darin bestanden, verschwundene politische Gefangene aus einem Hubschrauber zu werfen.

VALENZUELA: Damals war ich in der Luftwaffenbasis Colina. Ich erfuhr nur von einer Operation, aber es kann sein daß sie noch mehrere durchgeführt haben. Das war im Jahr 1976, als die Großaktion gegen die Kommunistische Jugend lief.

GONZALEZ: Erzählen sie mir alles, was sie von dieser Operation wissen.

VALENZUELA: Es kam ein Hubschrauber der Luftwaffe und holte zwischen zehn und fünfzehn Gefangene ab.



Die hohen Preise, ... die hohen Preise, ... ach nee!

Jeden Tag dasselbe Lied. Hast du keine anderen Sorgen, Frau?

Doch, ... die niedrigen Löhne!

GONZALEZ: Haben sie die Basis lebend verlassen?

VALENZUELA: Ja, man setzte sie unter Drogen, mit Tabletten, aber sie waren nicht sehr wirkungsvoll, weil die Gefangenen wußten, was mit ihnen geschehen würde. Einer der Teilnehmer erzählte mir später, daß ein Gefangener während des Fluges aufwachte und sie ihn mit einem Stahlknüppel schlugen. Nachher warfen sie die Gefangenen bei San Antonio ins Meer.

GONZALEZ: Was haben sie mit den Gefangenen gemacht, bevor sie sie ins Meer warfen?

VALENZUELA: Sie haben sie geöffnet.
GONZALEZ: Was?

VALENZUELA: Den Magen, damit sie nicht an die Oberfläche getrieben würden. Sicherheitskommandos des Heeres nahmen daran teil. Mit einem Haken haben sie die Gefangenen aufgeschlitzt, bevor sie sie ins Meer warfen. Ich erinnere mich an einige Gefangene, die sie auf diese Weise verschwinden ließen. Einer war 45 oder 50 Jahre alt, Kommunist, ziemlich kahl auf dem Kopf, mit dunkler Haut. Einmal hatte er versucht, sich umzubringen und sich dabei einen Arm gebrochen. Ein anderer war ein Karikaturist, auch er wurde in den Hubschrauber verfrachtet. An die anderen erinnere ich mich nicht mehr.
GONZALEZ: Versuchen sie bitte, sich zu erinnern.

VALENZUELA: Ich versuche es, aber ich erinnere mich nicht einmal mehr an ihre Decknamen.

GONZALEZ: Erinnern sie sich an die Namen der Geheimdienstagenten und Polizisten, die bei dieser Operation mitmachten?

VALENZUELA: Roberto Fuentes Morrison und Palma. Diese zwei waren die Chefs. Zu dieser Zeit waren sehr wenige Militärs mit dieser Arbeit vertraut. Die Mehrheit kam von draußen, darunter auch Rechtsextremisten, die bei Attentaten und Morden mitgemacht hatten. Zur Zeit der Allende-Regierung machten sie auch Banküberfälle und solche Sachen. Ich kannte nur die Decknamen, die Namen wußte ich nie. Sie kamen aus guten sozialen Verhältnissen. Normalerweise waren sie es, die Verdächtige auffindig machten und verfolgten, wir waren dann nur bei der Verhaftung dabei.

GONZALEZ: Was fällt ihnen noch ein, wenn sie an ihre Zeit in Colina zurückdenken?

VALENZUELA: Ja, es muß auch im Jahr 1976 gewesen sein, wir arbeiteten als Geheimdienstleute total getrennt von den Militärs des Stützpunktes. Das



Heer hatte dort ein neu gebautes Gefängnis für Funktionäre, die Militärstrafen absitzen mußten. Dieses Gefängnis diente auch als Folterzentrum. Ich erinnere mich an eine Person, die dem Genossen Diaz sehr ähnlich sah. Die vom Heer brachten ihn um, sie verhörten ihn und ließen ihn dort zurück. Später gingen wir zu ihm und stellten fest, daß er tot war. Wir riefen die vom Heer und die warfen ihn in den Kofferraum eines Autos. Ich weiß nicht, was dann mit ihm geschah.

GONZALEZ: In was für einem Zustand war dieser Tote?

VALENZUELA: Geschlagen, mit blauen Flecken über den ganzen Körper verteilt. Ich glaube, sie hatten ihn direkt an das 220-Volt-Netz angeschlossen. Es führten zwei Kabel direkt aus der Steckdose. Sie benutzten gar nicht die Spezialmaschine für Folterungen.

GONZALEZ: Arbeitete der Geheimdienst mit dem Heer zusammen? Oder gab es da Probleme?

VALENZUELA: Die vom Heer wollten alle Operationen befehlen und pochten auf das Dienstalter ihres Chefs. Dann entschieden sie, doch nicht mit uns zu kooperieren, so arbeiteten wir mit der Marine und mit der Polizei zusammen. Später gingen wir in das Hauptquartier in der 18. Strasse, wo wir die Gefangenen untergebracht hatten. Von dort kamen auch jene, die am Abhang umgebracht wurden und auch der Kommunistenführer Contreras starb dort.

GONZALEZ: Wann haben sie ihn umgebracht?

VALENZUELA: In der Nacht. Den ganzen Tag ließen sie ihn in der Zelle. Sie schlugen ihn, nur um ihn zu schlagen, denn sie fragten ihn schon nichts mehr. Am nächsten Tag erfuhr ich, daß man ihn an der gleichen Stelle bei der Cuesta vergraben hat, an der ich schon vorher gewesen war. Es war auf

einem Abhang auf dem Weg nach Melipilla. Bei der Abzweigung bogen wir rechts ab, dann folgte eine Ausweichstrasse, über die führen wir bis zur Brücke. Nach der Brücke beginnt der Abhang, nach der dritten oder vierten Kurve muß man in einen kleinen Weg einbiegen, nach ca. 100 Meter ließen wir normalerweise die Gefangenen aus und erschossen sie. Wir begruben sie an Ort und Stelle. Bei der Operation, bei der ich dabei war, hatte es dort schon einen typischen Friedhofsgeruch.

GONZALEZ: Was halten sie von General Pinochet?

VALENZUELA: Ich mag ihn nicht. Das ist allgemein die Haltung in der Luftwaffe. Er gefällt uns nicht, weil er ein Diktator ist. Die Beziehungen sind schlecht, seitdem General Leigh die Junta verlassen hat. Wegen General Pinochet gibt es unter den Generälen Auseinandersetzungen.

GONZALEZ: Und warum gefällt er ihnen nicht?

VALENZUELA: Ich glaube, man muß mit Ideen kämpfen. Das denke ich schon seit langem. Wenn einer mir sagt, er sei ein Kommunist, gut, dann kann ich ihn nicht töten, ich muß ihm beweisen, daß er unrecht hat.

GONZALEZ: Sind sie davon wirklich überzeugt?

VALENZUELA: Total.

GONZALEZ: Meinen ihre Kollegen das Gleiche?

VALENZUELA: Sie reden nicht offen. Sie haben Angst vor Repressalien.

GONZALEZ: Haben sie nie daran gedacht, daß all das, was sie gemacht haben, eines Tages herauskommen würde?

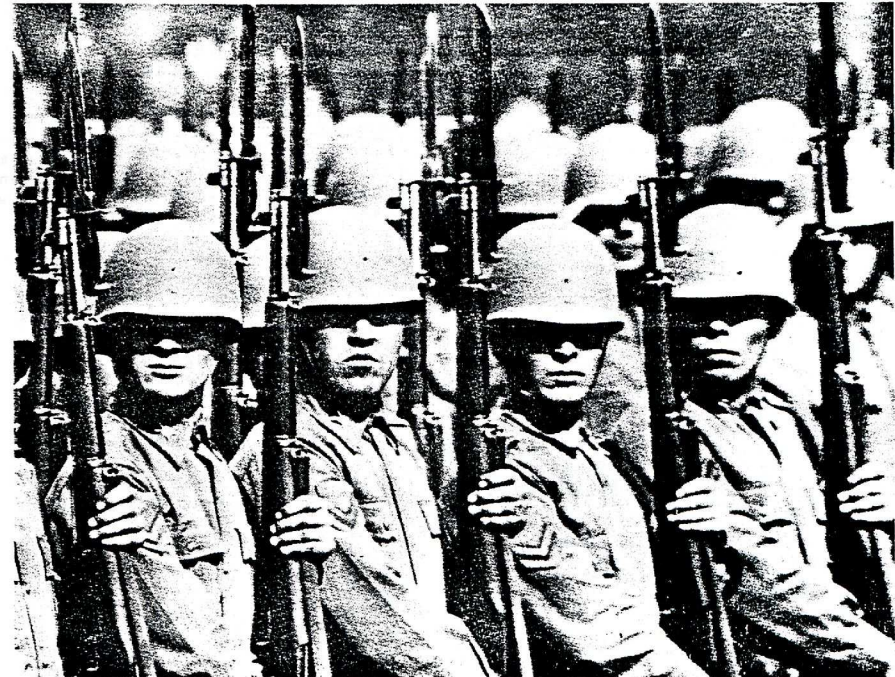
VALENZUELA: Doch, ich habe daran gedacht.

GONZALEZ: Können sie uns ein Anzeichen vom Bruch unter den Streitkräften nennen?

VALENZUELA: Ja, so im Februar oder März 1984, März ist wahrscheinlicher. Da gab es wohl einen Bruch in der Junta, weil wir eine Nacht lang die Bewegung in den Regimentern beobachtet mußten. Das war nur eine Nacht. Am nächsten Tag wurde der Allarm aufgehoben.

GONZALEZ: Haben sie ganz Santiago besetzt?

VALENZUELA: Natürlich. Es hieß hinterher, daß Pinochet ein Dekret unterschreiben wollte, das die Luftwaffe betroffen hätte. Wir waren natürlich dagegen. Wir wollten eine Überraschung vermeiden, wie sie damals im Fall von



eral Leigh (Vorgänger von Mattei Luftwaffenchef) geschehen war. halb Überwachten wir die Stadt, ls es Versuche geben würde, gegen eral Mattei vorzugehen.
GONZALEZ: Haben sie schon einmal tbtüßig einen Menschen umgebracht?
VALENZUELA: Nein!
GONZALEZ: Waren sie sich wirklich über bewußt, welche Arbeit sie rrichteten?
GONZALEZ: Ja!
GONZALEZ: Wie konnten sie sie dann chen?

VALENZUELA: Es ist eine Maschine, e einen immer mehr verwickelt bis einem Punkt der Verzweiflung, das an so etwas macht, wie ich jetzt. Ich biß, daß ich in diesem Augenblick ein Leben riskiere. Ich weiß, daß eine Familie mich vielleicht nicht erstecht. Vielleicht sind sie nicht einmal damit einverstanden. Aber ich usste reden. Ich fühlte mich schlecht nd ich ekelte mich an. Wie ich ihnen schon gesagt habe, ich möchte wieder in normaler Bürger sein.

GONZALEZ: Aber sie sind schon 10 Jahre Sicherheitsagent. Glauben sie nicht, das sie bei all den Schüssen, die sie abgegeben haben...

VALENZUELA: Das ist sehr wahrscheinlich, weil ich an mehreren Schießereien teilgenommen habe. Es ist sehr wahrscheinlich...

GONZALEZ: Haben sie gefoltert?
VALENZUELA: Ja!

GONZALEZ: Worin bestand die Folter?
VALENZUELA: In elektrischem Strom und Schlägen. Wir setzten die Gefangenen zunächst Stromschlägen aus, hängten sie dann auf und schlugen sie

auf Hände und Füße. Zu Beginn habe ich nur zugesehen. Ich erinnere mich an einen, den nannten sie Genosse Diaz und er war ungefähr 50, mit schön grauen Haaren, klein, mittlere Statur. Sie hängten ihn an einer Dusche ver- und da sie ihm vorher Stromstöße versetzt hatten, war er sehr durstig. Er öffnete mit dem Mund den Wasserhahn und trank. Dann kam eine Wache und stellte das Wasser wieder ab. Er öffnete den Hahn jedoch erneut und wir ließen das Wasser eben laufen. Er muß einige Stunden mit dem über den Körper laufenden kalten Wasser dort geblieben sein. In der Nacht starb er an Lungenentzündung.

GONZALEZ: Wie wurden sie zum Folterer?

VALENZUELA: Sie machten solche Proben mit uns, um zu sehen, wer definitiv im Dienst bleiben konnte. Sie betrogen uns nach und nach ins System einzubeziehen, schauten wie wir es aushielten und wie wir reagierten. Man fand, daß ich gut reagierte. Wenn man mit dem Foltern beginnt, dann weint man zuerst im Verborgenen, damit es niemand sieht. Nachher fühlt man einen Kloß im Hals, aber man erträgt das Weinen. Später, ohne daß man es will, beginnt man sich daran zu gewöhnen und man fühlt nichts mehr.

GONZALEZ: Haben sie eine negative Haltung gegenüber der Institution?

VALENZUELA: Gegen sie nicht. Gegen die, die mich verändert haben schon. Gegen die Vorgesetzten, die mich dazu gebracht haben, die Dinge zu tun, die ich getan habe. Gegen die Institution insgesamt nicht. Auch nicht gegen die Streitkräfte.

Spendet für VORWÄRTS!

SPENDENKONTO: Zentralsparkasse
 Kontonr. 670043207

ICH MÖCHTE VORWÄRTS
 ABONIEREN und habe Ös 40
 (für sechs Ausgaben)
 auf das Postscheckkonto
 Robert Schiffler Kontonr.
 7409295
 überwiesen.
 Lieferung folgt nach Zahlungs-
 eingang.
 Name:

Nicaragua: Revolution im Hinterhof der USA

Der Sturz des Diktators Somoza 1979 in Nicaragua leitete eine neue Welle des Widerstandes in Zentralamerika ein. Mit einer Fläche von 148 435 km² und ca. 3 Millionen Einwohnern ist Nicaragua der größte Staat dieser Region. Der östliche Teil des Landes ist schwer zugängliches Tropengebiet, deren indianische Einwohner wirtschaftlich und sozial isoliert leben. Im westlichen Teil erstrecken sich fruchtbare Täler. Die Landwirtschaft produziert vor allem für den Export (Baumwolle, Kaffee, Zucker, Fleisch).

Die Geschichte Nicaraguas für das 20. Jahrhundert ist geprägt durch den Befreiungskampf gegen den US-amerikanischen Imperialismus. Um seine wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen ließ der US-Imperialismus Nicaragua durch seine Soldaten besetzen. Unter diesen Umständen entwickelte sich der erste moderne und langandauernde Guerillakampf unter der Führung Sandinos. Schließlich wurde die nationale Bewegung blutig niedergeschlagen und in den 30er Jahren begann die Herrschaft der Somozas. Die US-Marines hinterließen eine starke, gut bewaffnete und ausgebildete Nationalgarde!

Nicaragua ist stets ein wichtiger, strategisch notwendiger Verbündeter der US-Regierung und der Multis gewesen. Bis zuletzt leisteten die USA über sterbenden Diktatur Millionen Dollar Militärhilfe. Das Bürgertum Nicaraguas war politisch schwach und wirtschaftlich abhängig, während der Super-Kapitalist Somoza den Staatsapparat, das Militär und die Justiz dazu benutzte, möglichst viel Eigentum zu bekommen. Von 1974-78 herrschte der bürgerliche Widerstand vor, doch die US-Regierung hielt diesen möglichst gering, da sich Somoza noch stark genug erwies, die aufflammenden Guerillaaktivitäten der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN= Sandinistische Befreiungsfront) zu unterdrücken.

Die Begründer der FSLN, die ihre Aktivität als kleine Gruppe in den 60er Jahren begann, Thomas Borge und

Carlos Fonseca stammen aus der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei. Die meisten Mitglieder kamen aus dem Bereich der städtischen Mittelklasse.

Nicaragua verfügt über eine starke Arbeiterbewegung. Zwar war Anfang der 70er Jahre die Gewerkschaftsbewegung sehr schwach. Das änderte sich vollkommen, als 1972 nach dem Erdbeben Somoza versuchte, einen 10-Stunden-



Tag und eine 60-Stunden-Woche einzuführen. Nicaragua erlebte die ersten größeren Streikwellen, die meist positiv für die Arbeiter endeten. Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise 1975 nahm die Gewerkschaftsbewegung ab. Die Verhaftung der Gewerkschaftsführer, Verletzung von Arbeitsgesetzen, Zurückhalten der Löhne und das Kriegrecht standen auf der Tagesordnung.

Aber 1976 lebte die Streikbewegung wieder auf. Seit Jahrzehnten zum ersten Mal wurden Feiern zum 1. Mai abgehalten. Durch Generalstreiks unterstützten die Gewerkschaften den Widerstand, der 1978 in spontanen Volksaufständen aufbrach. Es bildeten sich Arbeiterverteidigungskomitees in den Fabriken und zivile Verteidigungskomitees in den Armen- und Arbeitervierteln.

Der Sturz des Somoza-Regimes wäre ohne die aktive Unterstützung der Arbeiterklasse und des Generalstreiks



nicht möglich gewesen. Alleine die Guerillatruppen auf dem Land können keinen entscheidenden Sieg erlangen. Selbst in der FSLN gab es Spaltungen: 1975 und 1976 teilte sich die FSLN in drei Teile. Die Gruppe "Guerra Popular Prolonga" (verlängerter Volkskrieg) wollte die Diktatur nur mit militärischen Aktionen stürzen. Ihre soziale Basis waren Landarbeiter und arme Campesinos. Die "Tendencia Proletaria" legte das Hauptgewicht auf die politische Arbeit in der Stadt. Die "Tendencia Insurreccional", die 60% der FSLN-Mitglieder repräsentierte, versuchte beide Strömungen zu vereinen und forderte den Kampf auf allen Ebenen.

Obwohl die FSLN so gezwungen war, ihre politische Aktivität in den Städten zu verstärken, stellte die FSLN immer eine Guerillaarmee dar. Eine gesunde sozialistische Revolution kann eben aber nur durch die eigenständige Aktion der Arbeiterbewegung gelinzen. Aber eine Guerillaarmee besiegt die Diktatur militärisch und trägt die Befreiung vom Land in die Stadt, sie zieht in die Stadt ein. Das legt den Grundstein für die folgenden Probleme der Revolution.

Die Sandinistas erlangten die Macht im Staat auf Grund des Vertrauens der Massen in die Befreiungsbewegung. Die Konzeption der Sandinisten nach dem Sturz der Diktatur sah folgendes vor: die Errichtung einer Volksregierung mit Beteiligung des "patriotischen" Bürgertums. Der Nationale Dialog, an dem alle Parteien

und Massenorganisationen teilnehmen sollten, würde nach der Vorstellung der Sandinisten die patriotische Einheit stärken und die Angriffe des Imperialismus abwehren. Aber die Bürgerlichen sind überhaupt an keiner Zusammenarbeit mit den Sandinisten interessiert. Die Befürworter der Kollaboration mit bürgerlichen Kräften gehen von der Annahme aus, daß ein sogenanntes demokratisches Bürgertum existiert. Aber hier stellt sich nicht die Frage, ob der eine Kapitalist eine Demokratie der Diktatur vorziehen würde, sondern ob der Kapitalist seinen Besitz und Profit vergrößern kann. Der Druck der Ereignisse hat die Sandinisten gezwungen, die "demokratischen" Unternehmer zu unterstützen. Jeder Kapitalist, der sich bereit erklärt, nicht gegen das neue Regime zu arbeiten, erhält billige Kredite und besondere Begünstigungen. So wird die Demokratie auf Kosten der Arbeiter und Bauern von den Kapitalisten erkaufte!

Die Sandinisten haben sich das Ziel gesetzt, sich weder dem US-Imperialismus zu nähern noch sich den Comecon-Staaten anzuschließen. Deshalb erklären sie offiziell, den politischen Pluralismus und die gemischte Wirtschaft zu erhalten. Der Privatbesitz an Produktionsmitteln macht ca 60% des BIP aus. Nur 40% verbleiben dem staatlichen Sektor! Der Anteil des Staates an der Produktion in der Landwirtschaft beträgt 20%, in der Industrie 25%, in der Bauwirtschaft 70%, im Bergbau 95% und im Dienstleistungsbereich 55%.

Im Bereich der materiellen Produktion herrscht die Privatwirtschaft. Die staatlichen Investitionen sind aber im Gegensatz dazu 5 mal so hoch wie die der Privatwirtschaft. Die Privatunternehmer wollen durch einen Investitionsboykott und durch Kapitalflucht die Wirtschaft des revolutionären Nicaragua so weit schädigen, um die Regierung in die Enge zu treiben.

Dieser Boykott der nationalen Unternehmer wird ergänzt durch die Außenpolitik der USA und anderer Staaten. Die teilweise durchgeführte Wirtschaftsblockade der USA und der Rückgang der internationalen Kredite begünstigen das steigende Handelsbilanzdefizit, den Devisenmangel und die Kapitalflucht. So verringert sich ständig die Investitionskapazität des Staates.

Der Guerillakampf der von der US-Regierung finanzkräftig unterstützten "Contras" gegen die Zivilbevölkerung sorgt für das Übrige. Die Angriffe der Konterrevolutionäre konzentrieren sich auf wichtige landwirtschaftliche Gebiete, vor allem während der Erntezeit. Außerdem erklärten die Sandinisten den Notstand und mobilisierten die gesamte Bevölkerung für einen Abwehrkampf. Die Priorität der militärischen Verteidigung bindet wichtige finanzielle Mittel und menschliche Arbeitskraft. Diese Politik des Notstandes wird zwangsläufig den Lebensstandard der Bevölkerung verringern. Auf diese Weise wird das System der gemischten Wirtschaft immer weiter untergraben.

Die Revolution bedeutet einen enormen Fortschritt. Vor allem die Agrarreform und das Erziehungssystem sind große Erfolge der Sandinisten. Aber der angestrebte Sozialismus der FSLN wird auf der Basis des Nationalen Dialogs nicht erreicht werden können. Auch bewirkt die Militarisierung der Gesellschaft und die aus der Zeit der Guerillakämpfe stammende militärische Ordnung der FSLN eine verstärkte Bürokratisierung. Die Sandinisten halten dem entgegen, daß sich große Massenorganisationen wie die Sandinistische Arbeiterzentrale (CST), in der 80% der städtischen Arbeiter organisiert sind, die Komitees zur Sandinistischen Verteidigung (CDS), die Vereinigung der Landarbeiter, die Organisation der Kleinbauern (UNAG), die Sandinistische Kinderorganisation (AKS) gebildet haben. Ohne Zweifel sind es diese Massenorganisationen, die die Revolution weiterführen, aber die Machtzentrale befindet sich in der vergleichbar kleinen FSLN, die auch die militärische Führung über das Sandinistische Volksherr (13 000-18 000) und über die Miliztruppen (ca. 200 000) besitzt.

Die widersprüchliche Situation, wenn die Kapitalisten noch immer die Wirtschaft aber nicht den Staat kontrollieren, kann nicht für immer andauern. Das Problem kann nur gelöst werden, indem die gesamte Wirtschaft vergesellschaftet wird oder indem die Konterrevolution siegt und die alten Besitzverhältnisse wieder herstellt. Die Tragödie ist, daß die Sandinisten den Kapitalisten die Möglichkeit geben, die Konterrevolution zu fördern.

Die Wahlen im November 1984 haben wie erwartet bestätigt, daß die Mehrheit der Bevölkerung hinter der Revolution steht. In der Wahl für den Prä-

sidenten erhielt der Sandinistische Kandidat Daniel Ortega und die FSLN für die Verfassungsgebende Versammlung 67% der gültigen Stimmen, während auf die Parteien der rechten Mitte 29% und andere Parteien der Linken nur 4% entfielen. Das Bündnis der rechten Parteien verzweigte die Teilnahme an den Wahlen, trotzdem beteiligten sich 75% der Bevölkerung daran.

Die FSLN kann diese Mehrheit nun benutzen, um radikale Maßnahmen zur Konsolidierung der Revolution zu setzen. Bis jetzt sind nur der Außenhandel, die Banken ohne Auslandskapital und die ehemaligen somozistischen Besitzungen verstaatlicht. Aber die Organisationen der Massen sind durchaus fähig, die gesamte Wirtschaft zu übernehmen. Die Verstaatlichung aller industriellen und agrarischen Großunternehmer könnte Nicaragua aus der Umklammerung der Kapitalisten befreien. Aber den Sozialismus wird man immer daran messen, wie weit er die demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung verwirklicht, deshalb reicht die bloße Verstaatlichung nicht aus.

Auch der Bedrohung der US-Truppen und der "Contras" kann nur beugeet werden, indem man die wirtschaftliche Macht in die Hände der Arbeiterklasse legt. Die Sandinisten versuchen die drohende Invasion durch die US-Truppen mit Zugeständnissen an die Privatwirtschaft zu verhindern. Aber alleine die Existenz der nicaraguanischen Revolution und ihre schon durchgeführten Reformen, die auf Grund des Druckes der Massen immer radikaler wurden, ist Grund genug, die Revolution zu verhindern. Auch wenn im April 1985 das Repräsentantenhaus in den USA einen weiteren Kredit von 14 Mill. Dollar an die "Contras" nicht zustimmte, so wird die US-Administration, egal ob ein republikanischer oder ein demokratischer Präsident, weiter die Konterrevolutionäre unterstützen. Auch angestrebte Verhandlungen der Sandinisten mit der US-Regierung werden keine Lösung bringen, nur einen Zeitgewinn für die Revolution.

Die nicaraguanische Revolution wird nur siegreich bleiben, wenn sie auch die anderen Länder Lateinamerikas übergreift. Die Aufgabe der Sandinisten und aller revolutionären Bewegungen ist, an die Massen zu appellieren, die Revolution zu retten. In Europa müssen wir dafür sorgen, daß der Revolution möglichst große Unterstützung gegeben wird. Die aufkeimende Solidaritätsbewegung für Nicaragua selbst in den USA zeigt die enorme Sympathie für die Revolution!

PROGRAMM MAI/JUNI 1985

SOZIALISTISCHE JUGEND - FAVORITEN
GRUPPE «ROTE WERKSTATT»
GRUPPENABENDE JEDEN FREITAG AB 18h
IM SJ-LOKAL FAVORITENSTRASSE 187



ARBEITSZEITVERKÜRZUNG GEGEN JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

35

Für
-Stunden-Woche
bei vollem Lohn

Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit

- **Einen garantierten Ausbildungsplatz für alle.** Wir wollen keine Krise ausbaden, die wir nicht verursacht haben.
- **Übernahme aller Auszubildenden** in den erlernten Beruf, denn auch nach Ende der Ausbildung wollen wir nicht auf der Straße stehen. Grundsätzlich muß die **vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt** werden. Das bedeutet: Arbeitszeit verkürzen — natürlich bei vollem Lohnausgleich; denn schließlich produzieren wir mit den neuen Techniken ja auch schneller und billiger.

- **Arbeit oder voller Lohn.** Arbeitslose müssen ihre beruflichen oder allgemeine Weiterbildung bei voller Lohnfortzahlung fortsetzen können.

Wir wollen nicht nur, daß überhaupt ausgebildet wird, sondern auch eine bessere Qualität. Deshalb fordern wir:

- **Mindestlohn von 6.000,- DM während der Lehrzeit.**

- **Planung der Wirtschaft** nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit — nicht nach Profiten.

- **Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung** in den verstaatlichten Betrieben; die Firmen sollen durch Belegschaft, Gewerkschaften und Staat zu je 1/3 geleitet werden.
- **Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit** aller Funktionäre; keiner darf mehr verdienen als einen **durchschnittlichen Facharbeiterlohn**, damit er die Arbeiter vertreten kann und weiß, wovon er spricht.

Diese Forderungen werden aber nicht erfüllt, solange sie nur auf dem Papier stehen. Für ihre Durchsetzung müssen wir kämpfen und uns gewerkschaftlich wie politisch organisieren.